

**DEKT 2017 – Podium – 26. Mai 2017:**

*Mehr Verantwortung für den Frieden – Deutsche Außenpolitik in Zeiten des Umbruchs*

**Statement EKD-Friedensbeauftragter Renke Brahms**

*- Es gilt das gesprochene Wort –*

Sehr geehrter Herr Minister Gabriel,  
Sehr geehrte Frau Dr. Abuom,  
Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Deitelhoff,  
Sehr geehrte Frau Dr. Hauswedell,  
Sehr geehrte Damen und Herren!

Die friedensethische Positionierung der Evangelischen Kirche in Deutschland orientiert sich am Leitbild des Gerechten Friedens, wie es in der Friedensdenkschrift der EKD aus dem Jahr 2007 unter dem Titel „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ formuliert wurde. Dieses Leitbild bestimmt die evangelische und katholische Friedensethik in Deutschland und auch die weltweite ökumenische Diskussion.

Das Leitbild des Gerechten Friedens ist ein umfassender friedensethischer Ansatz, der von vier Leitgedanken geprägt wird: Dem engen Zusammenhang von Gerechtigkeit und Frieden, der Notwendigkeit einer globalen Rechtsordnung, dem Vorrang für Zivil und Prävention in der Konfliktbearbeitung sowie dem Einsatz von völkerrechtlich legitimer Gewalt nur im Falle von äußerst engen Ausnahmetatbeständen.

Ich sehe deutsche Verantwortung absolut nachrangig im militärischen Bereich. Wenn Deutschland Verantwortung übernimmt, dann müssen primär gewaltfreie Instrumente der Konfliktbearbeitung gestärkt werden. Zur Wiederherstellung, Bewahrung und Förderung eines nachhaltigen Friedens können zivile Friedens- und Entwicklungsdienste genutzt werden – nach dem Grundsatz: „Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten“.

Die Leitlinien der Bundesregierung zur Friedensförderung und Krisenprävention, deren Veröffentlichung für Mai 2017 geplant ist, sollte eindeutig einer engagierten und kohärenten Friedenspolitik verpflichtet sein und den Vorrang der zivilen Krisenprävention formulieren. Herr Minister – wann dürfen wir denn mit einer Veröffentlichung dieser Leitlinien rechnen?

Zu Beginn dieser Woche konnte ich an einem Treffen von hundert internationalen Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Religionen hier in Berlin auf Einladung des Auswärtigen Amtes teilnehmen, um sich über die Friedensverantwortung der Religionen auszutauschen. Hier liegt eine unglaubliche Ressource, welche von der Politik nicht ausreichend gewürdigt wird. Dabei wäre die Berücksichtigung religiöser Fragen und Akteure essenziell für eine friedensorientierte deutsche Außenpolitik. Religionsgemeinschaften verfügen über weitreichende formelle und informelle Informations- und Kommunikationskanäle. Sie sind somit nahe bei den Menschen und ihren Nöten. Um solche Perspektiven zu nutzen, müssen religiöse Unterstützer aktiv in Friedensprozesse einbezogen werden, wenn entsprechende Konfliktanalysen dies nahelegen.

Herr Minister Gabriel – in ihrem erst kürzlich erschienenen Buch „Neuvermessungen“ schreiben Sie: „Europas Sicherheit liegt in Europas eigener Verantwortung. Wir müssen außen- und sicherheitspolitisch strategie- und handlungsfähig werden, denn wir sind es noch nicht ausreichend.“ Des Weiteren stellen Sie heraus, dass sich diese Strategie nicht allein auf höhere Rüstungsausgaben reduzieren lasse. Doch zeigt sich im konkreten politischen Handeln der Bundesregierung leider immer wieder der Fokus auf den militärischen Beitrag als das vorrangige Instrument der Sicherheits- und Außenpolitik. Deutlich wird dies beispielsweise in

der Diskussion um die wahnwitzige Erhöhung des Verteidigungshaushalts auf zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts.

Das Ziel, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklung auszugeben, hat Deutschland nun formell zum ersten Mal erreicht. Allerdings nur, weil bestimmte Ausgaben für die Versorgung von Geflüchteten als Entwicklungshilfe verbuchen werden können. Ohne Anrechnung dieser Kosten hätte die Quote im vergangenen Jahr bei lediglich 0,52 Prozent gelegen. Diese Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit sind aber wichtig, um Konflikt- und Fluchtursachen mit zivilen Mitteln zu bekämpfen. Statt an einer reaktiven, an der nationalen Sicherheit orientierten Strategie festzuhalten, wäre es sinnvoller, internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) weiter zu stärken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

2